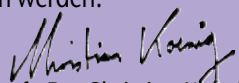


**EDITORIAL****UMTS - Lizenzvergabe auf dem Prüfstand**

Nun steht die Vergabe von UMTS-Lizenzen auf dem Prüfstand des EG-Beihilfenrechts. Im Versteigerungsverfahren kostete eine britische UMTS-Lizenz die fünf siegreichen Bieter jeweils über vier Milliarden Pfund (über zwölf Milliarden Mark), in Deutschland mussten die erfolgreichen Lizenznehmer sogar jeweils mehr als 16 Milliarden Mark aufbringen. Dagegen mussten die vier Unternehmen, die sich im spanischen „Beauty-Contest“ erfolgreich um eine Lizenz bewarben, für diese nur jeweils 21 Mrd. Peseten (unter 250 Millionen Mark) bezahlen. Diese Diskrepanzen werfen die Frage auf, ob die Vergabe von UMTS-Lizenzen in einem Ausschreibungsverfahren zu einem – im Vergleich zum höchsten Gebot niedrigen - Entgelt, welches die Knappheit dieser begehrten Frequenzgüter möglicherweise nicht richtig anzeigt, zu einem Tatbestand des EG-Beihilfenrechts werden kann. Der Begriff der Beihilfe nach Artikel 87 des EG-Vertrages ist als die staatliche Gewährung eines wie auch immer gearteten geldwerten Vorteils ohne marktübliche Gegenleistung weit auszulegen. Angesichts von wettbewerbsverzerrenden Entgelt-diskrepanzen zwischen den einzelnen mitgliedstaatlichen UMTS-Lizenzvergabesystemen darf die Überprüfung der Lizenzentgelte unter dem Gesichtspunkt der (diskriminierenden) Begünstigung einheimischer Bewerber in einem „Beauty-Contest“ wegen der dadurch möglicherweise bewirkten Wettbewerbsverfälschung im Binnenmarkt nicht von vornherein dem Anwendungsbereich des EG-Beihilfenrechts entzogen werden.

  
Prof. Dr. Christian Koenig**Politische Parteiennetzwerke in Europa**

von Hubert Iral und Peter Zervakis

Politische Parteien gehören zu den effektivsten Institutionen in den parlamentarischen Systemen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Besonders die „Volksparteien“ aus den relevanten europäischen Parteienfamilien üben beträchtlichen Einfluss aus auf die Entscheidungsbildungsprozesse im Mehrebenen-Regierungssystem der EU. Dieses Phänomen ist ebenso in den sich entwickelnden demokratischen Systemen der osteuropäischen Reformstaaten zu bemerken. Große Parteien, die sich ideologisch am „Links-/Rechts-Schema“ ausrichten, übernehmen dort immer häufiger die Regierungsverantwortung.

**PARTEIEN UND ZIVILGESELLSCHAFT**

Natürlich können politische Parteien nicht die Funktionen der gesellschaftlichen Akteure und Bürgerinitiativen ersetzen. Wenn jedoch moderne Gesellschaften immer stärker durch ein Mehrebenen-System regiert werden, dann kann die klassische dreigliedrige Funktionszuordnung, die den Parteien die politische und den sozialen Bewegungen die soziokulturelle Sphäre der Zivilgesellschaft überlässt, nicht mehr aufrechterhalten werden. Denn in der politischen Realität verschwimmen die Grenzen zunehmend: demokratische Partizipationsmodelle erlauben sozialen Akteuren die Einwirkung auf politische Entscheidungen ebenso wie Parteien sich im Rahmen von Dezentralisierung und Regionalisierungsprozessen verstärkt soziokulturellen Themen annehmen.

Darüber hinaus unterscheiden sich Parteien traditionell in vielfacher Hinsicht von anderen politischen Akteuren: So sind sie auf Dauer angelegt und kümmern sich um Angelegenheiten von allgemeinem Interesse. Dagegen erweisen sich Bürgerinitiativen mit eng begrenzten Zielen immer als recht instabile politische Gebilde mit kurzen Laufzeiten. Wann immer neue Gruppierungen die

politische Arena betreten, stehen sie unmittelbar nach den ersten Erfolgen vor der Wahl, sich entweder zu thematisch breit angelegten Programmparteien weiterzuentwickeln, wie es beispielsweise die Grünen getan haben, oder die politische Bühne zu verlassen. Auch können nur Parteien über Strukturen verfügen, die die unterschiedlichen regionalen und sektoralen Ebenen integrieren können. Denn die Ortsparteien bilden das Rückgrat jeder nationalen Parteiorganisation, unabhängig davon, ob die Parteistrukturen aus historischen Gründen hierarchisch von oben oder direktdemokratisch von unten aufgebaut sind.

**FORSCHUNGSBEDARF**

In diesem Zusammenhang stellt sich nun die Frage, welchen Beitrag die politischen Parteien zum Aufbau einer gesamteuropäischen politischen Identität leisten. Dabei sollten nicht nur die Vertiefungsprozesse der Gemeinschaft, sondern auch die Erweiterungsprozesse jenseits der östlichen Grenzen der Union betrachtet werden.

Inhaltlich muss erörtert werden, inwieweit Europäisierung und Erweiterung die ideologische Ausrichtung der Parteien in Gesamteuropa bereits beeinflusst haben. Hier spielen die unterschiedlichen parteinahen Stiftungen und „Think Tanks“ sowie Bildungszentren eine entscheidende Rolle. In Bezug auf das Innenleben der Parteiorganisationen lautet die zentrale Frage: Wie behandeln die Parteien die Themen der Europäisierung und Erweiterung in ihrem institutionellen Leben auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene? Dabei sind vor allem die Interaktionen zwischen den nationalen Parteilgliederungen und ihren regionalen und lokalen Untergliederungen sowie zu den europäischen Parteiföderationen von Interesse.

# PUBLIKATIONEN

## POLICY/WORKING PAPER-REIHE:

### B 09 2000

Rafael Di Tella and Robert MacCulloch: Rational Institutions Yield Hysteresis

### B 10 2000

Marc Hallerberg: The Importance of Domestic Political Institutions: Why and How Belgium Qualified for EMU

### B 11 2000

Lucjan T. Orlowski: A Dynamic Approach to Inflation Targeting in Transition Economies

### B 12 2000

Martin Seidel: Rechtsetzung und Rechtsangleichung als Folge der Einheitlichen Europäischen Währung

### B 13 2000

Nauro F. Campos: Back to the Future: The Growth Prospects of Transition Economies Reconsidered

### B 14 2000

Selahattin Dibooglu and Ali M. Kutan: Sources of Real Exchange Rate Fluctuations in Transition Economies: The Case of Poland and Hungary

## DISCUSSION PAPER-REIHE:

### C 67 2000

Marten van Heuven: Where will NATO be ten years from now?

### C 68 2000

Carlo Masala: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft. Geschichte – Struktur – Prozeß

### C 69 2000

Weltachsen 2000. International Congress 11./12. November 1999, Bonn. Documentation.

### C 70 2000

Gert Maichel: Perspektiven für Mittel- und Osteuropa. Warum engagieren sich deutsche Unternehmen dort?

*Die Publikationen der Policy/Working-Paper-Reihe sind kostenlos. Für Publikationen der Discussion Paper - Reihe wird eine Schutzgebühr in Höhe von DM 8,- zzgl. Versandkosten erhoben.*

*Eine Liste aller bislang erschienenen ZEI-Publikationen ist im Internet unter <http://www.zei.de> abrufbar.*

## PARTYPUB

Vor diesem Hintergrund hat das ZEI ein Forschungsprojekt zum Thema „European Governance“ initiiert, das gemeinsam mit international renommierten Forschungsinstituten in Österreich, Frankreich, Bulgarien, Tschechien, der Slowakei und Ungarn durchgeführt werden soll. Ein erster Planungsworkshop, der Anfang Juni im ZEI stattfand, führte zur Bildung einer interdisziplinär zusammengesetzten Studiengruppe, die das Forschungsvorhaben unter das Generalthema „grenzüberschreitende Interaktionen der Parteien im größeren Europa“ stellte. Ziel soll die Erforschung der empirischen Grundlagen zur Gründung von Parteinetzwerken sein und die Effizienz eines solchen Zusammenwirkens für die Begründung und Verstärkung einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit analysieren. Als Synonym für das Forschungsprojekt wählte man den Namen PARTYPUB.

Ebenso einigte man sich auf die Erweiterung des Parteienbegriffs: Neben den Volksparteien haben auch andere Parteien eine nicht zu unterschätzende Funktion in den demokratischen Regierungssystemen Gesamteuropas. Zwar sind erstere immer noch der Dreh- und Angelpunkt in den meisten nationalen Parteiensystemen, sie dürfen jedoch in ihrer Bedeutung für die europäische Politikentwicklung nicht überbewertet werden. Aus diesen Festlegungen ergeben sich folgende Forschungsansätze für das Projekt:

- In Bezug auf die politischen Parteien ist zu untersuchen, wie und in welchem Umfang explizit europapolitische Aspekte und Inhalte in ihr politisches Denken und Handeln einfließen und welchen Niederschlag dies bei ihren gewählten Vertretern in den Parlamenten auf europäischer, nationaler oder lokaler Ebene findet.
- Im Hinblick auf die geographische Komponente erscheint es zweckmäßig, etwa gleich viele nationale Parteiensysteme in den EU-Mitgliedsländern und in den Beitrittsstaaten heranzuziehen. Bei letzteren ist zu untersuchen, ob und welche Unterschiede zwischen den nord-ost-, ost-mittel- und südosteuropäischen Parteiensystemen bestehen.
- Bei der inhaltlichen Betrachtung sind drei Hauptgesichtspunkte zu berücksichtigen:
  - Die Sicht und Einstellung der Parteien zur vertiefenden Europäisierung einschließlich der Reformierung der Institutionen.
  - Die Problematik des Erweiterungsprozesses.
  - Die grenzenübergreifende Interaktion politischer Parteien und ihrer Repräsentanten sowie Aufgaben lokaler Parteistrukturen im Integrationsprozess.

## FORSCHUNGSZIELE

Das PARTYPUB-Projekt hat sich folgende messbare Forschungsziele gesetzt:

- Analyse und Darstellung der Parteienfunktionalität auf allen drei Ebenen sowie Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen Parteien und der politisch-öffentlichen Sphäre.
- Erörterung der Möglichkeiten von transnationalen Parteien im Prozess der sich vertiefenden und erweiternden Europäischen Union und Problematisierung ihres Beitrags für die Legitimierung europäischer Institutionen.
- Vergleich der europäischen Rollenverteilung zwischen nationalen und europäischen Parteien sowie dem Europäischen Parlament unter Einbeziehung parteinaher Stiftungen und „Think Tanks“.
- Untersuchung der europapolitischen Informationsstränge zwischen der Parteispitze und den unteren Gliederungen sowie den Beziehungen zwischen Parteien, ihren Organisationseinheiten und anderen Akteuren des politischen Lebens.

## FORSCHUNGSDESIDERATE

Das Forschungsvorhaben soll insbesondere zu folgenden Aspekten neue Erkenntnisse bringen und zu europapolitischen Initiativen hinführen:

- Entwicklung und Ausbaumöglichkeiten des Beitrags der politischen Parteien in Gesamteuropa zum Integrationsprozess und zur weiteren Europäisierung.
- Interaktionen zwischen den Europäischen Parteien und ihren „Gruppen“ mit anderen politischen Akteuren innerhalb und außerhalb der EU und Auswirkungen dieser Vorgänge auf die Europäische Gemeinschaftssphäre.
- Initiierung der wissenschaftlichen Diskussion zum Aspekt der transnationalen Funktionalität nationaler Parteiorganisationen, deren „Think Tanks“ und Stiftungen im Sinne einer erhöhten Verantwortlichkeit für den Prozess der Erweiterung und Vertiefung der EU.
- Förderung der Rolle von Parteien auf der europäischen Ebene und Veranschaulichung der politischen Bedeutung einer Interaktion zwischen Parteien und bürgerlicher Gesellschaft als Katalysator der Europäisierung und als demokratische Legitimierung der Politischen Union.

*Dr. Hubert Iral, Senior Fellow, und Dr. Peter Zervakis, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, konzipierten das Projekt im Rahmen der ZEI-Forschungsgruppe „Institutionen und institutionelle Entwicklung in Europa“.*

# Gefahr für Preisstabilität im Euroraum ernst nehmen

EMU-Monitor diskutiert Wechselkurspolitik der Europäischen Zentralbank und fordert mehr Transparenz über Devisenmarktaktivitäten.

von Bernd Hayo



Alessandro Penati, Jürgen von Hagen, Manfred Neumann und Eduard Bomhoff (von links) während der Pressekonferenz des EMU Monitor im Frankfurter Presse-Club im Juni 2000

Foto: ZEI

Anlässlich seines fünften Treffens am 28. Juni 2000 hat der EMU Monitor (siehe Kasten) das monetäre Inflationspotential, die Fiskalpolitik im Euroraum und die Wechselkurspolitik der europäischen Zentralbank (EZB) diskutiert. Dabei stellte die Gruppe fest, dass der allgemeine Ausblick für den Euroraum sehr positiv ist. Für das Jahr 2000 wird ein reales Wachstum von über 3% erwartet. Die Inflationsrate wird vermutlich nahe bei der Zielinflationsrate des Harmonisierten Konsumentenpreisindex von 2% liegen. Der Wechselkurs des Euro wird weiter schwach gegenüber dem Dollar bleiben, solange es zu keinem unerwartetem Einbruch in der US-amerikanischen Konjunktur kommt.

Der EMU Monitor fordert die nationalen Regierungen dazu auf, in ihren Anstrengungen zur Reduzierung der Staatsdefizite und bei der Fortführung struktureller Wirtschaftsreformen nicht nachzulassen. Um pro-zyklische Ausgabenmuster zu vermeiden und die Fiskalpolitik zu verstetigen, empfiehlt die Gruppe die Einführung mehrjähriger realer Ausgabenziele.

Hinsichtlich der Geldpolitik warnt der EMU Monitor davor, Gefahren für die Preisstabilität im Euroraum nicht ernst zu nehmen. Erstens erscheint der Einfluss der 'Neu-

en Ökonomie' auf die volkswirtschaftliche Wachstumsrate bisher nicht sehr ausgeprägt. Zweitens kommt es durch den starken Anstieg der Rohstoffpreise zu einem Preisdruck. Drittens trägt das hohe Geldmengenwachstum der letzten eineinhalb Jahre dazu bei, eine Preislücke zu schaffen, d.h. ein Auseinanderlaufen von tatsächlichem Preisniveau

und Gleichgewichtspreisniveau. Die zu erwartende Anpassung des Preisniveaus an seinen Gleichgewichtspreis wird sich in höheren Inflationsraten bemerkbar machen. Darüber hinaus argumentiert die Gruppe, dass die Praxis der EZB, die gemessenen Geldmengenströme zu bereinigen, aus ökonomischer Sicht fraglich ist. Die Bereinigung führt seit der Einführung des Euro zu einer beständig niedrigeren offiziellen Geldmengenwachstumsrate für M3.

Der EMU Monitor stellt weiterhin fest, dass das Europäische System der Zentralbanken auf dem Devisenmarkt aktiv geworden ist. Diese Aktivitäten sind vermutlich das Ergebnis eines aktiven Wertpapiermanagements der nationalen Zentralbanken und keine koordinierten Eingriffe auf dem Devisenmarkt. Allerdings zeigt sich, dass die Verkäufe von Devisen mit einer Abwertung des Euro einhergehen und umgekehrt. Aus ökonomischer Sicht haben solche Devisenbewegungen die gleichen Wirkungen wie direkte Stützungskäufe für den Euro. Um eine Analyse der tatsächlichen Devisenmarktaktivitäten durchführen zu können, bedarf es aber detaillierter Daten. Der EMU Monitor fordert die EZB daher auf, disaggregierte Daten über die Währungsreserven zur Verfügung zu stellen.

Dr. Bernd Hayo ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI.

## Der EMU Monitor

Der EMU Monitor, eine Gruppe renommierter, europäischer Wirtschaftswissenschaftler, wurde 1998 auf Initiative des ZEI gegründet. Ziel des EMU Monitors ist es, die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kritisch zu begleiten und öffentlich zu kommentieren. Im Juni 2000 trat der EMU Monitor bereits zum fünften Mal an die Öffentlichkeit und hat sich damit als eine der drei wichtigsten sogenannten 'Watcher (Beobachter)'-Gruppen der EZB etabliert. Der EMU Monitor war nicht nur die erste Gruppe, die an die Öffentlichkeit getreten ist, sondern ist auch diejenige mit der größten Konstanz in der Zusammensetzung ihrer Mitglieder. Die Presseveröffentlichungen des EMU Monitor fassen die ökonomische Situation in Europa zusammen und diskutieren wichtige Entwicklungen mit Relevanz für die europäischen Geldpolitik. Die Gruppe scheut sich dabei nicht, Entscheidungen der EZB zu kritisieren und mögliche

Politikalternativen aufzuzeigen. Dies geschieht auf der Basis umfangreicher Hintergrundpapiere. Zum einen beeinflusst der EMU Monitor die europäische Geldpolitik indirekt über öffentliche Bewusstseinsbildung. Zum anderen besteht ein direkter Einfluss, da die Vorschläge der Gruppe von der EZB aufgenommen und intern diskutiert werden. Die Mitglieder der Gruppe, die alle im akademischen Bereich und/oder in wirtschaftspolitisch relevanten Positionen arbeiten, sind: Patrick Artus (CDC, Universität Sorbonne I, Frankreich), Eduard Bomhoff (Nyenrode Universität, Niederlande), Giampaolo Galli (Confindustria, Italien), Manfred Neumann (Universität Bonn, Deutschland), Alessandro Penati (Universität Mailand, Italien) und Jürgen von Hagen (ZEI, Deutschland).

Alle Pressemitteilungen sowie die erarbeiteten Hintergrundpapiere können von der Internetseite des ZEI heruntergeladen werden ([www.zei.de](http://www.zei.de)).



## Das Europa-Parlament und die Nationalparlamente nach Amsterdam

Welche Rolle spielen die Parlamente in den Mitgliedsstaaten im Mehrebenen-Regierungssystem der Europäischen Union und wie sieht die interparlamentarische Kooperation zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam aus? Mit dieser Frage, die auch Gegenstand eines ZEI-Forschungsprojektes ist, beschäftigten sich am 7./8. Juli Experten aus Wissenschaft und Praxis aus allen 15 EU-Mitgliedsländern, sowie Vertreter der EU-Kommission, der nationalen Parlamente und der Medien in der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen in Brüssel. Mit Hilfe theoretischer Schlüsselkonzepte zur vergleichenden Analyse der Effektivität des parlamentarischen Engagements in EU-Angele-



Uwe Thaysen, Herausgeber der Zeitschrift für Parlamentsfragen (links) und Felipe Basabe Llorens, Universidad Pontificia Comillas de Madrid diskutieren über die Rolle der nationalen Parlamente in Europa

Foto: ZEI

genheiten und ihrer Kontrolle versuchten die Teilnehmer, die institutionellen und prozeduralen Entwicklungen sowohl in den Mitgliedstaaten wie auf EU-Ebene zu bilanzieren. Ob die einzelstaatlichen Parlamente al-

lerdings nach den Reformen von Maastricht und Amsterdam letztlich als Gewinner oder Verlierer gegenüber den Regierungen dastehen, darüber konnte keine Einigkeit erzielt werden. Während Professor Wolfgang Wessels, Universität Köln und Leiter des ZEI-Forschungsprojektes, nach empirischen Befunden des parlamentarischen Alltags erstere zu den eindeutigen Verlierern zählte, hob Prof. Uwe Thaysen vor dem Hintergrund des neueren Gewaltenteilungsmodells von „Regierungsmehrheit und Opposition“ die ungebrochene zentrale Bedeutung der Parlamente in den parlamentarischen Systemen der EU hervor.

Die NATO wird den eingeschlagenen Weg der Erweiterung fortführen. Jedoch werden die Entwicklungen innerhalb der verschiedenen Staaten maßgeblich über die Qualität und Intensität der Kooperation mit der NATO, bis hin zur NATO-Mitgliedschaft entscheiden. Eine, dem Erweiterungsprozess entgegengesetzte, Strategie würde Europa nicht in eine gemeinsame und friedlichere Zukunft führen, sondern eine Gruppe „vergessener Staaten“ schaffen, die in ein politisches und damit strategisches Vakuum geraten würden. Die Konflikte in Bosnien und im Kosovo führten deutlich vor Augen, welche Sicherheitsrisiken damit für Europa verbunden wären.

Hinsichtlich einer NATO-Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten steht also nicht die Frage im Mittelpunkt, ob, sondern wann die Staaten zu Beitrittsverhandlungen eingeladen werden. Dies wiederum hängt davon ab, in welcher Zeit sie die Bedingungen einer Aufnahme erfüllen.

Die Erklärung von Vilnius ist ein Aufruf der Unterzeichnerstaaten, weiter zu kooperieren und die Partnerschaft untereinander und zur NATO zu vertiefen. Dies sei, so der Generalsekretär der NATO, „das Schlüsselement jeder erfolgreichen Bemühung, um die Sicherheit im heutigen Europa zu festigen“.

Die Erklärung von Vilnius ist ein Aufruf der Unterzeichnerstaaten, weiter zu kooperieren und die Partnerschaft untereinander und zur NATO zu vertiefen. Dies sei, so der Generalsekretär der NATO, „das Schlüsselement jeder erfolgreichen Bemühung, um die Sicherheit im heutigen Europa zu festigen“.

Die zentrale Frage ist jedoch: Sind die Mitgliedschaftsbemühungen der neun Unterzeichnerstaaten kongruent mit der Agenda des transatlantischen Bündnisses?

## 7. Transatlantische Sommerakademie erfolgreich beendet

Unter der Leitung von Prof. Dr. Lothar Hönighausen, Direktor des Nordamerika-Programms an der Universität Bonn, fand vom 25. Juni bis 25. Juli 2000 – erstmals am ZEI – die 7. Transatlantische Sommerakademie (TASA) statt. Teilnehmer waren 27 Studierende aus Nordamerika, Europa und Asien. Dank der finanziellen Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der Robert Bosch Stiftung, dem Freundeskreis „Internationale Studenten“ e.V., der Sun Microsystems AG (Deutschland) und der Motorola AG (Deutschland) konnte das ZEI neun Stipendien vergeben.

Die diesjährige Sommerakademie stand unter dem zentralen Thema „Europe Facing the 21<sup>st</sup> Century. Defining the Central Issues“. Das vierwöchige, interdisziplinär angelegte Programm bestand aus Vorträgen, Tutorials, Podiumsdiskussionen und Briefings in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Recht, Geschichte und Kultur. Neben Themen, die bereits im letzten Jahr im Mittelpunkt der Sommerakademie standen, sind dieses Jahr eine Reihe neuer Themen wie die Telekommunikation, die Biotechnologie und das sich ändernde Gesicht Bonns in das Programm mit aufgenommen worden.

Darüber hinaus fanden Exkursionen nach Straßburg, Berlin und Brüssel statt, die zahlreiche Möglichkeiten boten, mit Experten und Persönlichkeiten aus Regierung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien über aktuelle Themen der euro-atlantischen Beziehungen zu diskutieren. So standen beispielsweise Gespräche mit Walter Schwimmer, Generalsekretär des Europarates, Prof. Dr. Luzius Wildhaber, Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und John E. Kornblum, Botschafter der USA in der Bundesrepublik auf dem Programm. Ein Besuch in Düsseldorf bot den Teilnehmern die Gelegenheit, mit Experten der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen und der Mannesmann AG sowie Staatssekretär Georg Adamowitsch, Chef der Staatskanzlei, über die Rolle Nordrhein-Westfalens in Europa und der Welt zu diskutieren.

Die Sommerakademie schloss mit drei Planspielen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht. Die Teilnehmer spielten Szenarien möglicher internationaler Krisen durch.

Das zentrale Anliegen der Sommerakademie ist, unter den Teilnehmern aus Nordamerika und Europa ein gegenseitiges Verständnis für die Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben einer globalisierten Welt im 21. Jahrhundert zu entwickeln.

## ZEI - Summer School zur Internationalen Makro-Ökonomik

Vom 7. – 17. August 2000 organisierte das ZEI - bereits zum vierten Mal - die „ZEI-Summer School In International Macroeconomics“ im Physikzentrum Bad Honnef. Ziel der Summer School ist es, jungen Ökonomen eine Reihe von Vorlesungen anzubieten, die zum einen aktuelle Themen behandelt und zum anderen die speziellen Interessen der Teilnehmer berücksichtigt. Ein besonderer Reiz für die Teilnehmer besteht in der Möglichkeit, eigene Forschungsarbeiten vor international renommierten Dozenten präsentieren und mit ihnen darüber diskutieren zu können. Teilnehmer sind Doktoranden, die kurz vor dem Abschluss ihrer Arbeit stehen, promovierte Wissenschaftler, Assistenzprofessoren und Zentralbank-Ökonomen aus ganz Europa, den USA und Südostasien. Insgesamt wurden dieses Jahr 24 Teilnehmer zugelassen.

Schwerpunkt der diesjährigen Summer School war das Thema „International Finance“. Die Vorlesungen von Michael Melvin von der Arizona State University, Tempe, Giancarlo Corsetti von der Yale University, New Haven und Ronald MacDonald von der Strathclyde University Glasgow und die Beiträge der Teilnehmer deckten Themenbereiche wie *International financial crises, financial regulation, asset-price-determination, asset price volatility, market micro structure theory* und *empirical finance* ab. In einer besonderen Diskussionsrunde wurde die *New International Financial Architecture* erörtert. Philip Wooldridge von der Bank for International Settlements gab dazu zuerst einen allgemeinen Überblick. Die anschließende Diskussion, die den Teilnehmern die Möglichkeit gab, ihre eigenen Sichtweisen und Vorschläge zu artikulieren, wurde von Philip Wooldridge, Michael Melvin und Jürgen von Hagen, Direktor am ZEI, geleitet.

## Organe aus dem Reagenzglas ?

Die „Züchtung“ von Organen aus undifferenzierten Stammzellen scheint kein Traum mehr. Reicht die Gesetzgebung aus, um Missbrauch zu verhindern oder müsste sie gar gelockert werden, um aus dem Traum der Wissenschaftler Realität werden zu lassen? Eine Expertenrunde am ZEI suchte Antworten.

von Oliver Blattner

Der Stammzellenforschung steht Ähnliches bevor wie vor 20 Jahren der Gentechnik: Befürworter erwarten spektakuläre Erfolge bei der Behandlung unheilbarer Krankheiten, Kritiker warnen vor der Überschreitung ethischer Grenzen. Darüber schwebt ein Gesetzeswerk, das auf europäischer Ebene höchst uneinheitlich ist.

Wenn die Befürworter der Stammzellenforschung Recht behalten, werden Stammzellen in den nächsten Jahrzehnten die Medizin revolutionieren. Wissenschaftler träumen davon, die undifferenzierten Zellen dazu zu bringen, Nerven-, Leber- oder Hautgewebe zu bilden. Die künstlichen Organe oder Organteile sollen dann abgestorbenes oder verletztes Gewebe bei Kranken oder verunglückten Menschen ersetzen. Neurodegenerative Erkrankungen könnten so geheilt werden, und auch der Engpass bei Organtransplantationen wäre so zu beheben.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete das ZEI in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) am 15. Juni 2000 eine interdisziplinäre Expertenkonferenz zu dem Thema „Organe aus dem Reagenzglas auf Grundlage der Stammzellenforschung – eine Herausforderung für



Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Bundesminister der Justiz a.D. und Mitglied der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ Foto: ZEI

die Europäische Gesetzgebung?“. Die Konferenz war zugleich Eröffnungsveranstaltung der am 15. September 1999 am ZEI neugegründeten Forschungsstelle für Europäisches Pharmarecht. Hochrangige Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik fanden sich am ZEI ein, um Näheres über

## ZEI-KALENDER ZEI-KALENDER

### OKTOBER 2000

10. ZEI Europadialog (12.30 h, ZEI): Bischof Msgr. Dr. Pero Sudar, Sarajevo: „Bosnien und Herzegowina – Krisenherd oder Modell?“
17. ZEI Europadialog (12.30 h, ZEI): Andreas Maurer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Politikwissenschaft der Universität Köln (Thema wird noch bekannt gegeben).

### NOVEMBER 2000

14. ZEI Europadialog (12.30 h, ZEI): Prof. Dr. Elkhan Nuriyev, Director Center for International Studies, Baku, Aserbaidshan, Alexander von Humboldt Research Fellow: „Russia and the Caucasus: Oil, Conflicts and Foreign Influences“.

### DEZEMBER 2000

1. Experten-Konferenz: „Aktuelle Fragen des EG Beihilfenrechts“, Landesvertretung Baden-Württemberg bei der EU in Brüssel.
5. ZEI Europadialog (12.30 h, ZEI): Dr. Mladen Staničič, Senior Fellow am ZEI, Director Institute for International Relations (IMO), Zagreb (Thema wird noch bekannt gegeben).
11. ZEI Europaforum (13.00 h, ZEI): Günter Verheugen, Mitglied der Europäischen Kommission, Brüssel: „Die Reform der europäischen Integration und die Zukunft der europäischen Integration“.
19. ZEI Europadialog (12.30 h, ZEI): Dr. Barthold C. Witte, Mitglied des Rates der EKD, ehemals Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt: „Evangelische Kirchen zwischen nationaler Vergangenheit und europäischer Zukunft“.

die gesetzlichen Grundlagen umstrittener biomedizinischer Forschung zu erfahren. So waren sowohl Vertreter namhafter Firmen der Pharmazeutischen Industrie und neuer Biotech-Start-Ups als auch Naturwissenschaftlicher, Mediziner und Ethiker sowie Bundestagsabgeordnete und Mitglieder der Enquete-Kommission „Recht und Ethik in der modernen Medizin“ – unter ihnen der Bundesjustizminister a.D. Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig sowie Prof. Dr. Ludger Honnefelder, Universität Bonn – anwesend.



Nach den einleitenden Worten von Prof. Dr. Christian Koenig, Direktor am ZEI, sowie des Geschäftsführers des BPI, Wolfgang Windfuhr, referierte Prof. Dr. G. Björn Stark, plastischer Chirurg an der Universitätsklinik Freiburg über „Tissue Engineering“. Er stellte neueste Forschungsarbeiten, insbesondere in der Gewebeneuzüchtung von künstlichem Knorpel, vor. In seinen eigenen Forschungsarbeiten befasst sich Stark vor allem mit der Neuzüchtung von funktionsfähigem Hautgewebe aus tierischen Stammzellen.

Prof. Dr. Otmar D. Wiestler, Universität Bonn, sprach über die Möglichkeiten der Zellforschung in der Neuropathologie, z.B. zur Bekämpfung der Alzheimer-Krankheit. Seine Arbeitsgruppe forscht an Stammzellen zur Heilung dieser und anderer Krankheiten des Nervensystems.

Über die juristischen Probleme des Gentechnikrechts im allgemeinen sowie „Stammzellen im Embryonenschutz- und Arzneimittelrecht“ referierte Rechtsanwalt Dr. Horst Hasskarl, Ludwigshafen. Der Arzneimittelrechtler legte dar, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für biomedizinische

Forschung innerhalb Europas sehr stark unterscheiden. Während Experimente mit menschlichen Stammzellen in Deutschland durch das Embryonenschutzgesetz verboten sind, ist diese Forschung in anderen Mitgliedstaaten erlaubt. Gleiches gilt auch für das Patentrecht, wie Eva-Maria Müller, wissenschaftliche Leiterin der Forschungsstelle für Europäisches Pharma-recht am ZEI, erläuterte. Sie beleuchtete die Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen 98/44/EG, kurz „Biopatentrichtlinie“ genannt, die ihrer Ansicht nach die Patentierung von „Verfahren zum Klonen menschlicher Lebewesen“ und der „Verwendung menschlicher Embryonen“ nur scheinbar ausschließt. So könnten die europäischen Staaten einen verbliebenen Spielraum nutzen, um ihre eigene Position in der Stammzellenforschung zu stützen. Die Referentin befürchtet daher eine deutliche Wettbewerbsverzerrung innerhalb Europas.

Die deutschen Forscher würden eine Regelung, die die Unterschiede in Europa beseitigt, sehr begrüßen. Dies wurde in der sich der anschließenden Diskussion



Prof. Dr. G. Björn Stark, plastischer Chirurg, Universitätsklinik Freiburg  
Foto: ZEI

## NEUE PUBLIKATIONEN

### ARTIKEL UND AUFSÄTZE

Christian Koenig/Eva-Maria Müller: „5 Jahre EMEA – Ein Zwischenruf auf die gemeinschaftlichen Zulassungsverfahren für Arzneimittel“, *Pharma Recht* 2000, S. 148 ff.

Christian Koenig/Nicolai Ritter: „Die EG-beihilfenrechtliche Behandlung von Gesellschafterdarlehen“, *Zeitschrift für Wirtschaftsrecht*, S. 769 ff.

Christian Koenig/Andreas Neumann: „Rechtliches und organisatorisches Umfeld der Satellitenkommunikation“, *MultiMedia und Recht* 2000, S. 151 ff.

Christian Koenig/Jürgen Kühling: „Funktionsfähiger Wettbewerb und Regulierungsperspektiven auf den Telekommunikationsmärkten“, *Wirtschaft und Wettbewerb* 2000, S. 596 ff.

Christian Koenig/Jürgen Kühling: „Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unter Berücksichtigung der geplanten EG-Verordnung für KMU“, *Deutsches Verwaltungsblatt* 2000, S. 1025 ff.

### SCHRIFTENREIHE DES ZEI IM NOMOS-VERLAG, BADEN-BADEN, NEUERSCHEINUNGEN, 2000:

#### Band 19:

Cornelis Theunis van der Lugt: *State Sovereignty or Ecological Sovereignty? A Study of the Regulation of Acid Rain within the European Union*, 376 Seiten.

#### Band 21:

Wojciech Boloz/Gerhard Höver (Hrsg.): *Die Einigung Europas als Herausforderung für die Kirche*, 255 Seiten.

#### Band 23:

Gerd Föhrenbach: *Die Westbindung der baltischen Staaten*, 269 Seiten.

#### Band 24:

Susanne Baier-Allen/Ljubomir Cusic (Hrsg.): *The Challenges of Pluricultural-ity in Europe*, 212 Seiten.

#### Band 25:

Ludger Kühnhardt: *Von Deutschland nach Europa. Geistiger Zusammenhalt und außenpolitischer Kontext*, 464 Seiten.

#### Band 27:

Walter Schweidler (Hrsg.): *Werte im 21. Jahrhundert*, 273 Seiten.

unter der Leitung von Prof. Dr. Hans Günter Gassen, TU-Darmstadt, deutlich.

Insgesamt befürchten die Naturwissenschaftler, im internationalen Wettbewerb mit den USA und England den Anschluss zu verlieren. Die Forschung an embryonalen Stammzellen sei essentiell für den Fortgang der Untersuchungen. Die Aussagekraft von Tierversuchen sei auf diesem Gebiet beschränkt. Dabei gehe es nur um eine geringe Anzahl embryonaler Zellen, die gebraucht würden. Wie Prof. Stark betonte, gebe es zurzeit in den USA genug humane Stammzelllinien, an denen die Untersuchungen vorgenommen werden könnten. Ob der Import dieser Zellen und die Forschung daran in Deutschland legal wäre, blieb auch unter den Juristen umstritten.

Mittelfristig hoffen die Wissenschaftler, ganz auf embryonales Gewebe verzichten zu können. Neue Ergebnisse geben Anlass zur Hoffnung, dass stattdessen auch Stammzellen aus dem Knochenmark von Erwachsenen oder der Nabelschnur von Säuglingen zur Bildung bestimmter Gewebe oder Organe „programmiert“ werden können. Nach derzeitigen Erkenntnissen scheint es sogar möglich, dass sich bereits ausdifferenzierte Zellen wieder zu pluripotenten Zellen zurückentwickeln können. Um diese Ansätze weiter erforschen zu können, so betonten Stark und Wiestler, müssten jedoch Untersuchungen an embryonalen Stammzellen auch in Deutschland erlaubt sein. ■

Oliver Blattner ist Mitarbeiter der Forschungsstelle für Europäisches Pharma-recht am ZEI.

Christian Koenig

Professor Dr. Christian Koenig ist  
Direktor der Abteilung  
„Politische, rechtliche und  
institutionelle Fragen“ am ZEI.



*ZEI: Herr Professor Koenig, Sie haben kürzlich gemeinsam mit dem ifo-Institut im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Liberalisierung der Telekommunikationsordnungen anderer Staaten durchgeführt. Wo liegt der Schwerpunkt des Gutachtens?*

Koenig: Das Gutachten beschäftigt sich mit dem Zusammenwirken der verschiedenen Regulierungsbehörden bei der Verwirklichung der Marktöffnung im Telekommunikationswesen einiger ausgewählter Staaten. Eine Vorreiterrolle kommt in diesem Kontext den Telekommunikationsordnungen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten zu, weshalb diese im Vordergrund der Studie stehen. Aber auch Regulierungen, die verstärkt auf alternative Strukturen zurückgreifen – wie zum Beispiel Australien und Neuseeland – wurden von uns untersucht.

*ZEI: Das Verhältnis zwischen der deutschen Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post und dem Bundeskartellamt war in der Vergangenheit nicht immer unproblematisch. Sind solche Spannungen auch zwischen den Regulierungsbehörden anderer Staaten aufgetreten?*

Koenig: Ja, sicherlich sind auch in anderen Staaten Konflikte zwischen den verschiedenen Regulierungsbehörden festzustellen. Allerdings nicht immer in dem Maße wie in Deutschland. So werden in einigen anderen Telekommunikationsordnungen größere Konflikte durch eine starke Institutionalisierung der Zusammenarbeit von allgemeiner Wettbewerbsbehörde und sektorspezifischer Regulierungsbehörde vermieden. In

diesem Zusammenhang haben sich auch transparente und partizipatorische Verfahren als ein wirksames Mittel erwiesen.

*ZEI: Transparenz und Partizipation sind Stichworte, die in jüngster Zeit immer häufiger in der Diskussion um geeignete Regulierungsinstrumente genannt werden. Auch die Kommission will die EG-Telekommunikationsordnung entsprechend umgestalten. Worin sehen Sie den Wert solcher Verfahren, insbesondere für die deutsche Regulierung?*

Koenig: Es hat sich gezeigt, dass sich die transparente und partizipatorische Ausgestaltung von Regulierungsprozessen in anderen Staaten durchaus bewährt hat. Neben den eben genannten Vorteilen für die Zusammenarbeit von Regulierungsbehörden hat dies den positiven Effekt, dass so ein Höchstmaß an externer Sachkompetenz in die Verfahren eingebunden werden kann. Wenn die verschiedenen Parteien ihre Standpunkte im Vorfeld einbringen können, wird darüber hinaus die Akzeptanz von Regulierungsentscheidungen gesteigert. Nicht zuletzt deshalb hat die EG-Kommission den Nutzen transparenter und partizipatorischer Verfahren herausgestellt. Auch wenn bereits entsprechende Ansätze in Deutschland erkennbar sind, sollte daher in Zukunft verstärkt auf solche Verfahren zurückgegriffen werden.

*ZEI: In den Sektoren Telekommunikation, Rundfunk und Mehrwertdienste ist seit einigen Jahren eine zunehmende Konvergenz zu verzeichnen. Wie gehen andere Staaten mit dem Problem um?*

Koenig: In der Tat zeichnen sich gegenwärtig erhebliche Konfliktpotenziale gerade im Hinblick für die Konvergenz der Übertragungsplattformen und die Verknüpfung der Inhalteregulierung mit der Regulierung der Verbreitungskanäle ab. Das Konvergenzproblem hat bisher keine Regulierung vollkommen zufriedenstellend lösen können. Ein Schritt in die richtige Richtung ist sicher die Schaffung einer technologieneutralen einheitlichen Regulierung wie dies die EG-Kommission anstrebt. Im Hinblick auf den institutionellen Bereich sind die Vereinigten Staaten einer Lösung am nächsten. Dort hat man mit der *Federal Communications Commission* eine einzige Regulierungsbehörde für Telekommunikation, Rundfunk und Mehrwertdienste geschaffen. Allerdings ergaben sich dort in der Anfangsphase zunächst erhebliche Kompetenzstreitigkeiten zwischen FCC und den Regulierungsbehörden der einzelnen Bundesstaaten.

*ZEI: Als Ergebnis der Untersuchung schlagen sie einige Neuerungen für das deutsche Telekommunikationsrecht vor. Musste denn die deutsche Regulierung den Rechtsvergleich scheuen?*

Koenig: Nein, im Gegenteil. Die Studie hat gezeigt, dass sich das Grundkonzept des deutschen Telekommunikationsgesetzes insgesamt weitgehend bewährt hat. Die Verbesserungsvorschläge betreffen eher Teilaspekte, die sich zum größten Teil schon im Rahmen des bestehenden Rechts umsetzen lassen. Einige Vorschläge bedürfen allerdings auch einer Gesetzesänderung. ■

## Neuer Rechtsrahmen für die Telekommunikation

Ist der telekommunikationsrechtliche Rahmen von heute den Anforderungen von morgen noch gewachsen?

von Ralf Capito

Mit dieser Frage setzten sich am 30. Mai in Bonn - auf Einladung des Bundesministeriums für Wirtschaft und des ZEI - Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung auseinander. Im Mittelpunkt der Diskussion stand das Papier „*Review 1999*“, welches die Vorstellungen der EG-Kommission zur Fortschreibung des europäischen Rechtsrahmens für die Telekommunikation umreißt. Für die Kommission stellten Eunike Prokop (GD Informationsgesellschaft) und Robert Klotz (GD Wettbe-

werb) klar, dass mit dem „*Review 1999*“ die Regulierung der Telekommunikation auf Gemeinschaftsebene und deren Anpassung an die technologische und wettbewerbsrechtliche Entwicklung überprüft werden soll.

In der Diskussion um einen neuen europäischen Rechtsrahmen spiegeln sich die Streitpunkte wider, die in den letzten Jahren auch das deutsche Telekommunikationsrecht geprägt haben: Soll die sektorspezifische Regulierung zurückgeführt werden? Welchen Umfang sollen Universaldienstleistungen einnehmen? Muss angesichts zunehmender Konvergenz der Medien eine einheitliche Regulierung der Telekommunikation, der digitalen Medien und des Rundfunks eingeführt werden?



# kurz belichtet

Im Rahmen des ZEI-Europaforums am 29. Mai 2000 sprach Dr. Josef Homeyer, Bischof von Hildesheim und Präsident des Rates der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (ComECE) zum Thema „Der Beitrag der Religion und der Kirchen zum geistigen Selbstverständnis Europas – die katholische Perspektive“. Dabei warnte er eindringlich davor, dass Europa eine Entwicklung nehme, an deren Ende es nur noch Form ohne Substanz sei. Er betonte, dass angesichts der zunehmenden Individualisierung und der voranschreitenden Geschichtslosigkeit den Kirchen die Aufgabe zuwachse, die Fülle der menschlichen Existenz zur Gel-



Dr. Josef Homeyer, Bischof von Hildesheim

Foto: ZEI

tung zu bringen. So sei es eine Frage der Gerechtigkeit, dass auch auf der europäischen Ebene alle Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilhaben könnten.



Jürgen von Hagen, Direktor der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI, wurde vom Präsidenten der Deutschen Bundesbank in den neu zu gründenden Forschungsrat der Bank berufen.



Am 21. September fand unter Vorsitz des ehemaligen Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, die zweite Sitzung des In-

ternationalen Beirats des ZEI statt. Der Sitzung vorausgegangen war eine öffentliche Präsentation ausgewählter Forschungsarbeiten am ZEI sowie eine Vorstellung des ZEI-Aufbaustudiengangs „Master of European Studies“. Schwerpunkt der Beratungen des Beirats war die künftige strategische Ausrichtung des Zentrums.



Am 15. September führte das ZEI in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie ein Werkstattgespräch zum Thema „Beihilfenrecht und KMU (Kleine und mittlere Unternehmen) durch. Den Einführungsvortrag hielt Dr. Ansgar Held von der EU-Kommission (GDWettbewerb) in Brüssel.



Die Teilnehmer der Konferenz diskutierten insbesondere das Thema Deregulierung kontrovers. Die Vertreter der Wettbewerber der *Deutsche Telekom AG*, vor allem Jürgen Grütznert vom *VATM*, sprachen sich für eine weitgehende Beibehaltung der sektorspezifischen Regulierung aus. Dietrich Beese von der *VIAG Interkom GmbH & Co*, wies insbesondere auf die Bedeutung der Entgeltregulierung für die Schaffung von Wettbewerb hin. Die Kommission nahm dagegen in dieser Frage eine vermittelnde Position ein. Nach der gelungenen Marktöffnung im Telekommunikationssektor sollen nun überwiegend nur noch Unternehmen mit beherrschender und nicht auch solche mit beträchtlicher Marktmacht reguliert werden. Der Vorschlag, die Kriterien für die Marktabgrenzung künftig auf europäischer Ebene festzulegen, wurde von nahezu allen Rednern heftig kritisiert. Sowohl Dr. Ulrich Stumpf vom Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK) als auch Dr. Harald Lübbert vom Bundeskartellamt sprachen der beabsichtigten Neuregelung die Flexibilität ab. Die Abgrenzung von Märkten beziehe sich häufig nur auf einen bestimmten Zeitraum. Daher sei in diesem Zusammenhang keine unverrückbare ex-ante-Definition der Märkte möglich.

Die Änderungsvorschläge der Kommission stießen im Übrigen weitgehend auf die Zustimmung der Teilnehmer. Stellvertretend für die deutsche *Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation (RegTP)* begrüßte Friedhelm Dommermuth die Forderung der Kommission nach mehr Transparenz der nationalen Entscheidungsprozesse. Er wies darauf hin, dass seine Behörde bereits mehrmals Anhörungen durchgeführt habe und weitere Konsultationen plane. Als Vorreiter bei der Durchführung transparen-

ter Verfahren gelten allerdings die US-amerikanische Regulierungsbehörde *FCC* und das britische *OFTEL*. Dies zeigt auch ein rechtsvergleichendes Gutachten, das das Münchener ifo-Institut in Zusammenarbeit mit dem ZEI (siehe auch Interview mit Professor Koenig, Seite 7) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellte (erscheint demnächst im Verlag Recht und Wirtschaft).

Durchweg begrüßt wurde auch der Vorstoß der Kommission im Hinblick auf die Einführung von Allgemeinlizenzen. Zukünftig sollen Allgemeinlizenzen an Stelle der bisher weit verbreiteten Einzelgenehmigungen die Basis für die Genehmigung von Kommunikationsdiensten und -netzen sein. Auch im Bereich der Genehmigungsverfahren und -gebühren strebt die Kommission eine verstärkte Harmonisierung an. Nach Ansicht von Dr. Andrea Huber von der *Deutsche Telekom AG* sind für europaweit tätige Unternehmen die Unterteilung von Lizenzen in verschiedene Kategorien und von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat divergierende Genehmigungsverfahren äußerst problematisch.

In der abschließenden Diskussion wurde die Perspektive der Wissenschaft von Professor Bernd Holznagel, Professor Werner Möschel, Professor Joachim Scherer und von Professor Christian Koenig dargestellt. Dabei stand vor allem das Sondergutachten der Monopolkommission im Vordergrund (Sondergutachten 29, Baden-Baden 2000; dazu kritisch: Koenig/Kühling, *Wirtschaft und Wettbewerb* 2000, 596). Der Vorsitzende der Monopolkommission, Professor Möschel, verteidigte das Plädoyer der Monopolkommission für eine Beibehaltung der sektorspezifischen Regulierung der Telekommunikationsmärkte. Professor Koenig

wies dagegen auf die methodischen Schwächen des Gutachtens hin. Insbesondere habe die Monopolkommission das Deregulierungspotenzial verkannt, welches das TKG durch eine differenzierte Abgrenzung der relevanten Märkte biete.

Die zukünftige Regulierung wird sich schwerpunktmäßig mit der Konvergenz der Übertragungsplattformen und der Verknüpfung der Inhalteregulierung mit der Regulierung der Verbreitungskanäle auseinandersetzen müssen. Davon zeigten sich jedenfalls Professor Scherer und Professor Holznagel überzeugt. Nach Ansicht von Professor Holznagel bedarf es zur Bewältigung der bestehenden Konvergenzprobleme der Schaffung einer einheitlichen Medienanstalt.

Ralf Capito ist Mitarbeiter der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“ am ZEI.

## IMPRESSUM

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn  
Walter-Flex-Str. 3  
D – 53113 Bonn

ISSN: 1437-1545

Redaktion:  
Monika Reule  
Tel: 0228/73-1811  
Fax: 0228/73-5097  
E-Mail: ze@uni-bonn.de  
Internet: <http://www.zei.de>

Der *ZEIreport* erscheint dreimal jährlich in englischer und deutscher Sprache. Er kann kostenlos unter der oben genannten Adresse angefordert werden.